

Haushaltsrede 2011  
CDU/FWV © Roland Sigel

Sehr geehrter Herr BM Haußmann,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates  
und der Verwaltung,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Namen der CDU/FWV-Fraktion darf ich Ihnen die Ergebnisse und  
Stellungnahme unserer Beratungen vortragen.

Ich werde dabei bewusst –und gerade in der heutigen Zeit- auf Zitate und  
Äußerungen Fremder verzichten, da ich mich außerstande sehe, Ihnen im  
mündlichen Vortrag, deutlich erkenn- und nachvollziehbar, die rechtlich  
unverzichtbaren „Quellenangaben“ aufzuzeigen.

Doch ich denke – es wird auch ohne gehen.

Die schwerste Wirtschaftskrise seit vielen Jahren ist vorbei und die  
die Wirtschaft verzeichnet in „2010“ wieder auskömmliche Märkte.  
Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern steigen wieder.

Trend-Branchen sehen sich sogar schon wieder in der Lage  
Erfolgsprämien und Ausschüttungen auszahlen.

Mit dem einsetzenden Aufschwung sollte es den Städten und Kommunen  
allmählich besser gehen.

Doch vom allgemeinen Aufwärtstrend konnten die Städte und Kommunen  
bis heute nichts verspüren. Im G e g e n t e i l !

Immer weiter klafft die Schere zwischen auskömmlichen Einnahmen und  
von oben doktrinierten Pflichtausgaben auseinander.

Immer mehr Städte und Kommunen müssen trotz striktem Sparkurs  
Gebühren, Eintrittsgelder und sogar Steuern erhöhen.  
Mancherorts mussten bereits liebe gewonnene Einrichtungen wie  
Bibliotheken, Schwimmbäder und auch Theater geschlossen werden.

Gott sei Dank haben wir in Dettingen diese Entwicklung bereits seit Jahren  
erkannt und versucht dieser bestmöglichst entgegen zu steuern.

Trotz aller Bemühungen müssen wir konstatieren, dass wir statt zu  
agieren nur noch in vielen Fällen reagieren können.

Dabei stellen jetzt, trotz einsetzender wirtschaftlicher Erholung, nicht nur die Einnahmen das beinahe unlösbare Problem dar, sondern die immer weiter steigenden Ausgaben und Pflichtaufgaben u.a. im sozialen Bereich.

Daraus resultierend auch steigende Umlagen und Abgaben.

Dadurch sind –und das ist das Gravierende– unsere eigenen, möglichen Steuerungsmodule nur noch in einer minimalen Bandbreite umsetzbar.

Herr Neubauer hat dies fundiert und anschaulich bei Einbringung des Haushaltes erläutert.

Zeitnah wurden unsere Bürgerinnen und Bürger im Gemeindeblatt satzungskonform und im Detail informiert.

Dafür herzlichen Dank an die Verwaltung und alle Verantwortlichen.

Auf eine nochmalige Auflistung der Fakten und Gründe wird daher im Detail von uns verzichtet und soll beispielhaft nur an den „größten Potentialen“ aufgezeigt werden.

Die Ausgaben für Schulen und Kindergärten sind regelrecht explodiert. Diese haben sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt, die Umlagezahlungen an den Landkreis sogar mehr als das Dreifache.

Dies führte wie wir alle wissen, zusammen mit der wirtschaftlichen Entwicklung dazu, dass wir in den letzten Jahren trotz aller Einsparbemühungen eine negative Zuführungsrate in den Haushalten hatten und uns von der Substanz, unseren Rücklagen, refinanzieren mussten.

Das Baugebiet „Goldmorgen“ war für uns so ein Refinanzierungs-Pool.

Wir alle wissen aber auch, dass diese Einnahmen „endlich“ sind und uns zukünftig nicht bzw. nicht kontinuierlich zur Verfügung stehen.

Auch der „HH-Planentwurf“ weist für „2011“ wieder eine negative Nettoinvestitionsrate von rd. 47 T€ aus.

Die Konsequenz daraus: Wir müssen den gemeinsam eingeschlagenen Weg alle „freiwilligen Leistungen“ weiter auf den Prüfstand zu stellen, mit Nachdruck fortsetzen.

Dies muss alle Bereiche betreffen, Tabu-Bereiche wird es nicht geben können – und für Manche wird es unerfreulich und schmerzhaft sein.

Denn nur diese Leistungen sind direkt –neben Steuern und Gebühren– von uns steuerbar.

Ein weiteres Indiz für diese Entwicklung ist die statistische Pro-Kopf-Verschuldung. Diese stellt sich für Dettingen „in summa“ leicht unter dem Landesdurchschnitt dar. Mit prognostizierten 633 €/EW in „2011“ sogar leicht gesunken.

In der weiteren Finanzplanung und -Vorschau wird diese aber bis 2014 kontinuierlich wieder und stärker steigen.

Auslöser mit hierfür: die Umsetzung der Eigenkontrollverordnung speziell im „Alten Guckenrain“ mit einem 10-Jahres-Volumen von rd. 5,0 Mio €.

Hier sind uns rechtlich die Hände gebunden, von der Erfüllung „schutzwürdiger Kriterien“ einmal ganz abgesehen.

CDU u. FWV tragen daher den angedachten Zeitplan, als auch die für 2011 vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalten „Kämmerei, Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung“ voll mit.

Wir in Dettingen haben mit einer „offenen, loyalen und konstruktiven Informationspolitik“ seit jeher dafür gesorgt, dass unsere Bürger rechtzeitig Daten und Fakten erhalten und durch Veranstaltungen und Versammlungen informiert sind. Und das schon vor „Projekten in S“.

Diese Vorgehensweise ist für uns auch bei diesem Projekt, als auch bei weiteren Gesamtentwicklungs-Daten selbstverständlich. Glaubwürdigkeit und Akzeptanz werden dadurch gefestigt.

So wie beim „Hallenbad“. Hier ist es uns gelungen, durch außerordentliches Engagement seitens der Verwaltung, durch ständiges „Nachbohren“ und der letztendlich mit der Stadt Kirchheim geschlossenen Kooperation gelungen, den „Rettungsanker“ zu werfen.

Aber es waren „dicke Bretter“ die es zu bohren galt.

Finanziell wirksam wird diese „win-win“ Situation für alle Partner aber erst in 2012.

Und a l l e Beteiligten wissen, dass unser Hallenbad mit dieser Entscheidung unwiderruflich in seinen „dritten Lebensabschnitt“ gestartet ist.

Danke daher allen Verantwortlichen, Schule und Vereinen und letztendlich auch unserem Partner der „Stadt Kirchheim“ die diese Entscheidung mittragen.

Bevor ich Ihnen nun, die detaillierten Ergebnisse unserer Beratungen vortrage, dürfen wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, Bauhof, Feuerwehr, Forst, Kindergärten, Schulen und allen durch den HH-Plan tangierten Bereichen, ganz herzlich für die geleistete Arbeit, das Engagement und die fachliche Kompetenz bedanken.

Unsere nachfolgend benannten Antragspunkte bitten wir daher rein sachlich und „in demokratischer Dettinger Tradition“ Personen ungebunden zu werten.

#### Zum Verwaltungshaushalt:

Nach eingehender Beratung und Abwägung der Einzelpläne finden die Ansätze für „Grund- und Hauptschule, Bauhof, Feuerwehr, sowie die Förderung der Jugend- und Seniorenarbeit unsere volle Zustimmung.

Auch die Budgetierung der einzelnen Bereiche zeigt sich in positiv stabiler Entwicklung und im Laufe der Jahre konstruktiv als bewährt.

Einen Seitenhieb auf die „große Politik“ zur Mit- u. Gegenfinanzierung der Kosten für „soziale Sicherheit“ können wir uns aber nicht verkneifen. Auch wir wären in der theoretischen Zielsetzung für „gebührenfreie Kindergärten u. -Einrichtungen“. Diese sind jedoch faktisch für uns schlicht nicht finanzierbar.

Beim Einzelplan 6, Unterabschnitt „Gemeindestraßen“ hat uns der Winter 2010/2011 voll getroffen. Hier sitzen wir mit allen Verkehrslastträgern „im selben Boot“ und müssen unser Verkehrssicherungspflicht erfüllen. Hoffen wir, dass sich die Quote im Plansatz als auskömmlich erweist.

Zustimmung findet bei uns auch der Einzelplan 8 und im Unterabschnitt „Gemeindewald“ ein besonderer Dank an unserem Revierförster „Karl Sablowski“. Hier möchten wir ganz gezielt das Engagement und Mitwirken „seiner Behörde und speziell seiner Person“ bei der Umgestaltung „Erwerbsobstanlage Käppele“ zu einem Klimaschutzwald erwähnen.

Seit Jahren ist die Wirtschaft, Gewerbe und Industrie gezwungen ihre Geschäftsausgaben zu optimieren. Die nachweislichen Ergebnisse zeigen, dass selbst jährliche Anpassungen realisierbar sind.

Soweit wollen wir gar nicht gehen. Wir sind jedoch der Überzeugung und stellen unseren Antrag. 1 die „Geschäftsausgaben“ Sammelnachweis Gliederungsgruppe 0000 - 1100, d.h. im Verwaltungsbereich / Rathaus, in den Untergruppen „Telefonkosten, Bürobedarf, Bücher/Zeitschriften/Literatur, und Postgebühren um 5 v. H. zu reduzieren.

Davon unbenommen sehen wir die weiteren Gliederungsgruppen der Geschäftsausgaben, da diese bereits budgetiert sind.

Beim Thema „Ortsbücherei“ hatten wir bei der letzten HH-Beratung 2010 weitere Hintergrundinformationen und Daten für ein „effizientes und Zielgruppenorientiertes Betreibermodell“ erbeten.

Ein Konzept hierzu wurde uns im Laufe des letzten Jahres mit Unterstützung seitens der Fachstelle beim Reg.Präsidium vorgestellt.

Dieses hat uns „positive Bestandsansätze“ und andererseits einen sichtlich „ungewollt, negativem Investbedarf“ aufgezeigt.

Ein Ansatz, der statt Konsolidierungsquoten zu „stattliche Mehrausgaben“ führen würde.

Auch wir sahen darin keinen gegebenen Lösungsansatz und spontan „durchgeklickt“ waren die Ortsbücherei und eine Schließung mit im Abwägungsprozess.

Das ergänzend zur HH-Beratung 2011 erbetene Zahlenwerk „zu Entleihungen und deren Alterstruktur“ haben uns nochmals in eine weitere ergänzende Bewertung eintreten lassen.

Dabei war das „Lernfördernde und allgemeinbildungs- unterstützende“ Potential speziell für den Jugend- und Schulbereich, Grund für uns den Ansatz Bücherei in „2011“ mit folgender Einschränkung Mitzutragen.

#### Antrag 2 Ortsbücherei:

- 1) Die Aktualisierung des Bestandes und neuer Medien wird auf 3,5 T€ gedeckelt bzw. gekürzt.
- 2) Der Ansatz für sächliche Zweckausgaben/Regale wird gänzlich gestrichen.
- 3) Ein Konzept mit Auswertung über Alters- und sozialer Struktur soll zur zukünftigen Entscheidungsfindung und konstruktivem Austausch dem GR bis spätestens Herbst 2011 vorgelegt werden.
- 4) Der theoretische Ausblick, Bücherei in einer Kombination „Zukunft Bildungshaus“ mit und evtl. im Schulkomplex „Rauberweg“ – auch in Anbetracht zukünftiger Schülerzahlen und Schularten soll aufgezeigt werden.

### Bauhof:

Im Zuge der HH-Beratung wurden auch die „Verrechnungssätze der Bauhoflohn- und Materialkosten“ aufgezeigt.

Unbestritten haben wir ein qualifiziertes, engagiertes Team mit hoher fachlicher Kompetenz.

Gleichwohl finden sich im Bauhof-Portfolio Aufgabenbereiche mit geringem „Qualifizierungsanspruch“. Nach den kalkulatorisch notwendigen Ansätzen erhebt sich der Prüfungsanspruch, und unser 3. Antrag, ob solche Leistungen nicht extern kostengünstiger abgewickelt werden könnten.

Ein in der Wirtschaft seit Jahren bewährtes Potential.

Das dabei Abstriche und Toleranz in Bezug auf zeitlichen Rhythmus bzw. Vegetationsangepasste Mähfrequenz notwendig wären ist uns allen bewußt. Doch wäre dies in untergeordneten Bereichen nicht tolerierbar?

Wir meinen ja und eine Untersuchung wert.

Zudem würden dadurch Kapazitäten für den „qualifizierten Bauhofbereich“ frei und Überstundenpotentiale wären überflüssig.

### Schlossberghalle:

Unsere Schlossberghalle bietet auch nach Meinung unserer auswärtigen Gäste und Besucher ein ideales Podium für Veranstaltungen und Tagungen.

Optimierungsbedarf besteht u.E. dagegen im Einnahmehereich, da sich der Abmangel annähernd deckungsgleich mit dem Hallenbad verhält.

Sicherlich stellen wir in keinsten Weise den Bedarf und die Notwendigkeit unserer „guten Stube“ in Frage.

Gleichwohl stellen wir hierzu den Antrag Nr. 4:  
Suche eines Partners im Feld Tagungsorganisation zur optimierten Auslastung der Schlossberghalle und Verbesserung der Einnahmesituation.

Unterstützend stellen wir hierzu unsere Erfahrungen und Kontakte gerne zur Verfügung.

Nun zum heißen Thema – Einzelplan 9  
Allgemeine Finanzwirtschaft:

Bereits bei der HH-Debatte „2010“ hat mein Kollege Herr Hummel für uns anklingen lassen, dass wir eine Anpassung der Hebesätze für Realsteuern nicht ausschließen können.

Nach strikter Bewertung und Analyse kommen auch wir nicht umhin, die Hebesätze erneut auf den Prüfstand zu stellen.

Nichts wäre einfacher und gleichsam unbeliebter als Steuern zu erhöhen.

Vergleichbare Kommunen haben es bereits vollzogen und auch ein statistischer Vergleich mit Referenz-Hebesätzen analoger Gemeinden wäre uns zu pauschal.

Uninformierte oder desinteressierte Bürger würden eine Erhöhung als simple „Einfachlösung“ abwerten.

Doch im Kräftespiel finanzieller Notwendigkeiten, Pflichtaufgaben, Substanzerhalt, wenn überhaupt noch Freiwilligkeitsleistungen und Einspar-Möglichkeiten, sind auch für die kreativsten Köpfe und deren Lösungspotentiale die Möglichkeiten erschöpft.

So sehen auch wir keine alternativen Finanzierungsmittel um dem Verwaltungshaushalt die angedachte Deckungsquote zu ermöglichen.

Dennoch stellen wir abweichend zur Verwaltung folgenden Antrag Nr. 5:

Grundsteuer A (konform) um 10 v.H.                      von 340 auf 350 v.H.

Grundsteuer B (konform) um 10 v.H.                      von 370 auf 380 v.H.

Gewerbsteuer (abweichend) um 10 v.H.                      von 350 auf 360 v.H.

Unser Antrag Nr. 5:

Begründung:

Alle unsere Unternehmen haben während der „Wirtschaftskrise“ versucht ihre Mitarbeiter zu halten und Entlassungen zu vermeiden.

Dabei sind viele Betriebe bis an ihre mögliche Belastungs- und Liquiditätsgrenzen gestoßen.

Laufende Lohn-, Einkommensteuer als auch Sozialabgaben konnten – wenn auch teilweise durch Kürzungen betroffen- akquiriert werden und kamen den entsprechenden Steuernehmern zugute.

Eine weitergehende Steuererhöhung betrachten wir als Standortnachteil.

Des Weiteren sind unsere Gewerbebetriebe und deren Liegenschaften -genauso wie jeder Eigentümer- von der „Grundsteuer B“ betroffen.

Insofern für uns der „gerechte Ansatz“.

Zusätzlich kommen auf unsere Gewerbebetriebe durch die kommende, gesplittete Abwassergebühr zukünftig größere Belastungen und Abgaben zur Verrechnung.

Durch früheren behördlichen angeordneten Zwang „alles ab in den Kanal“ werden zukünftig alle „großflächig Angesiedelten“ gezwungen, jetzt dafür erheblich mehr zu bezahlen.

Weiter stellen sich für uns folgende Ansätze:

1. Hat Dettingen in den letzten Jahren beim Thema Wirtschaftsförderung ausreichend agiert?

2. Nutzen wir unseren direkten Standortvorteil an der Autobahn ausreichend, oder viel zu wenig?

Deshalb der Auftrag an die Verwaltung:  
Ausbau einer gezielten Wirtschaftsförderung im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten.

Wie wollen wir die dadurch bedingte Mindereinnahme im VwH in Höhe von rd. 16,5 T€ gegen finanzieren?

- Geschäftsausgaben GA/Sammelnachweis,			
- Glied. 0000-1100 5% Reduzierung	rd.	2,7	T€
- Bücherei, Reduzierung	rd.	3,5	T€
- Kürzung beim AST um	rd.	10,5	T€

macht in „summa“ rd. 16,7 T€

Zum Titel AST, Einzelplan 7, stellen wir hier ergänzend folgenden Antrag Nr. 6:

Die Verwaltung wird beauftragt aufgrund besserer ÖPNV-Vernetzung (S-Bahn/Teckbahn/Bus) und Verlagerung zu dieser; Kosten und Nutzen zeitnah aufzuzeigen und in Abstimmung mit den „teilnehmenden Kommunen“ einen Ausstieg aus dem „AST“ aufzuzeigen. Bis zur Vorlage der Ergebnisse ist der Betrag AST gekürzt zu Deckeln bzw. mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Nun zum Vermögenshaushalt:

Aufgrund der aufgezeigten finanziellen Situation sind die Spielräume im VmH für uns alle in Notwendig und Wünschenswert klassifiziert.

Die Einstufung wird dabei –je nach Gewichtungsschwerpunkt differenzieren.

Das dabei Investitionen, mit daraus langfristig erzielten Einsparpotentialen erste Priorität haben ist jedem klar.

Der Anschluss der Werkrealschule und Schlossberghalle an das Nahwärmenetz der Holzhackschnitzel-Heizanlage ist hierfür das beste Beispiel, aber auch der „größte Brocken“.

Wir stehen aus ökonomischen und ökologischen Gründen voll hinter dieser Maßnahme.

Dank rechtzeitiger und fundierter Antragstellung können wir hierfür Fördermittel aus dem „KlimaschutzPlus-Programm“ vereinnahmen.

Die Maßnahmen im Rahmen der Ortskernsanierung werden von uns inhaltlich mitgetragen.

Im Zuge der Planungen für den Kreisverkehrsplatz ist für uns jedoch die rechtzeitige und umfassende Einbindung aller betroffenen Unternehmen mit Schwerlastkehr und Bussen Grundvoraussetzung und Pflicht.

Auch muss ein Verbesserungsansatz für den von Ort „abführenden Verkehr Richtung B 465“ deutlich nachvollziehbar sein.  
(Stichwort: Teckbahn / Bahnschranke).

Diese Ergebnisse werden Grundlage für unsere weitere Entscheidung im Gremium bilden.

Zur Sanierung der „Brücke Haldenstraße“ erwarten wir noch die detaillierten Vorschläge zur Freigabe, tragen aber den Planansatz mit.

Zustimmung auch zu den Weiteren Maßnahmen

- Austausch der Leuchtmittel Straßenbeleuchtung auf LED-Technik,
- Friedhofserweiterungen
- Und die Ansätze beim Bauhof.

Die Notwendigkeit eines Nebengebäudes (prov. Halle) beim Bauhof betrachten wir als gegeben.

Ergänzend hierzu stellen Antrag Nr. 7:

Neben dem Kauf, sind auch Angebote für Mietkauf oder Leasing abzufragen und in einem Bewertungsspiegel aufzuzeigen.

Aus unserer praktischen Erfahrung heraus ist diese Betrachtungsweise durchaus opportun und könnte Vorteile beinhalten.

Keine zwingende Notwendigkeit sehen wir beim Einzelplan 5 Skating-Bahn.

Antrag Nr. 8: Streichung des Ansatzes in „2011“.

Nicht bzw. noch nicht zwingend gegeben sehen wir auch die Anschaffung eines Festinstallierten Beamers für die Schlossberghalle.

Wir verweisen hier auf unsere Aussagen in Querbezug zum VwH. Und stellen hierzu den Antrag Nr. 9:

Streichung des Ansatzes „Beamer“ aus dem HH-Plan 2011.

Alle weiteren Ansätze finden unsere Zustimmung, mit folgender kleiner Fußnote.

Beim „Spielplatz Sulzburgstraße“ sollte mit den Hauptnutzern vor Realisierung nochmals die Konzeption auf gegebene Aktualität der Spielgeräte abgeglichen werden.

Den ausgewiesenen Planansätzen „Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung“ und „Eigenbetrieb Wasserversorgung“ können wir unsere uneingeschränkte Zustimmung erteilen.

Die aus unseren Anträgen resultierenden finanziellen Potentiale sind der Zuführungsrate anzurechnen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für Rückfragen zu unseren Ausführungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

(Es gibt das gesprochene Wort)

Für die CDU / FWV

Roland Sigel